



Nachhaltigkeit in NRW aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion

Rainer Deppe, CDU-Fraktion im Landtag NRW

Wie war das eigentlich 1992, als die Konferenz in Rio stattfand? Ich erinnere mich daran, dass für uns ganz andere Themen im Vordergrund standen. Es war kurz nach der Wiedervereinigung, nach dem Fall der Mauer, dem Sieg der Freiheit über die sozialistischen Diktaturen des Ostblocks. Das hat unsere Aufmerksamkeit in Europa sehr stark in Anspruch genommen. Dann kam Rio und es entwickelte sich eine große Öffentlichkeit um die Konferenz.

Auf einem guten Weg

Was hat dieses Ereignis nicht alles angestoßen: Alle Bundesregierungen haben, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, in die gleiche Richtung gearbeitet. Wir haben überall in Deutschland Agenda-21-Gruppen, -Prozesse und -Beschlüsse in den Kommunen. Der Begriff hat in unserer Gesellschaft Fuß gefasst und wird ernst genommen. Ich begrüße es auch sehr, Herr Minister Remmel, wenn Sie im jährlichen Rhythmus Konferenzen in dieser Art wiederholen und die Landtagsfraktionen dabei einbeziehen.

Wir haben viel erreicht in den 20 Jahren. Beim Thema Energie- und Ressourceneffizienz sind wir erheblich weiter gekommen und erzeugen heute 25 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien. Ein Wert, den man vor 20 Jahren als illusorisch bezeichnet hätte. Es ist eine Erfolgsgeschichte, auf die wir zu Recht stolz sein können. Ich bedaure es, dass wir in Nordrhein-Westfalen noch ein ganzes Stück davon entfernt sind – hier müssen wir den Rückstand zu anderen Ländern aufholen. Der Umstieg von der ressourcenverbrauchenden zu ressourcenschonenden oder sogar -neutralen Wirtschaftsweise wird sich am Ende auch bei uns durchsetzen. Wir sind auf einem guten Weg, auch wenn es immer wieder Rückschläge gibt.

Ein Bereich wurde heute überhaupt nicht erwähnt, nämlich die Finanzpolitik. Denn Nachhaltigkeit umfasst natürlich auch die finanziellen Ressourcen, die einer Gesellschaft zur Verfügung stehen. Es ist meiner Meinung nach nicht nachhaltig, dass der Staat seit 40 Jahren jedes Jahr mehr

ausgibt als er einnimmt. Wir dürfen das Thema Nachhaltigkeit nicht verengen auf einen rein ökologischen Begriff, sondern er muss alle Bereiche der Gesellschaft umfassen. Es wäre Aufgabe des Staates und der Allgemeinheit, dass unsere Generation die Lasten nicht in die nächste Generation verschiebt.

Diskussionen offen führen

Wir sollten uns frei machen von Absolutheitsansprüchen und nicht gegenseitig unterstellen, keine Nachhaltigkeit zu wollen. Es ist leider die Quadratur des Kreises oder das Erreichen scheinbar widersprüchlicher Dinge. Es wird zu jeder Zeit wieder unterschiedliche Themen und auch unterschiedliche Antworten geben. Zum Klimaschutzgesetz NRW: Es wäre doch fatal, wenn dieses Gesetz zur Folge hätte, dass Produktion nicht hier bei uns effizienter, ressourcenschonender oder weniger schadstoffemittierend stattfindet, sondern über Grenzen verlagert wird, die Emissionen dort erfolgen und die Produkte dann später zu uns zurückkommen. Da kann man zu unterschiedlichen Bewertungen kommen und wir sollten mutig sein, diese Diskussion zu führen.

Immer wieder auch hat die Menschheit neue Erkenntnisse gewonnen und genutzt, nehmen Sie nur die Erfolgsgeschichte der Solarwirtschaft. Wir wären verrückt, wenn wir auf dem heutigen Erkenntnisstand stehen blieben und technische Möglichkeiten nicht nutzen würden. Natürlich sind dafür Eingriffe in den Naturhaushalt notwendig. Deshalb lohnt es sich, immer wieder zu diskutieren: Welche Veränderungen sind zur Erreichung unserer eigenen Bedürfnisse erforderlich, aber welche Veränderungen können wir auch verantworten, um die Bedürfnisse der nachfolgenden Generationen nicht zu gefährden?

Ich freue mich, wenn wir diese Diskussion sachlich und mit großem Interesse weiter führen können. Die CDU wird sich daran engagiert beteiligen.



Rainer Deppe, Henning Höne, Hans Christian Markert, Hanns-Jörg Rohwedder, Norbert Meesters (v.l.n.r.)

Gesprächsrunde mit Vertretern der Fraktionen im Landtag NRW

Teilnehmer:

Rainer Deppe, MdL CDU

Henning Höne, MdL FDP

Hans Christian Markert, MdL Bündnis 90/Die Grünen

Norbert Meesters, MdL SPD

Hanns-Jörg Rohwedder, MdL PIRATEN

Moderation: Jürgen Döschner, WDR

Jürgen Döschner: Herr Markert, eine Frage aus dem Publikum: Wie schaffen wir es, mit diesem Thema nicht nur die 10 Prozent „Avantgarde“ zu erreichen, sondern auch die übrigen 90 Prozent der Bevölkerung? Welche Vorschläge haben Sie?

Hans Christian Markert: Diese Veranstaltung zeigt, dass wir hier die Breite der Gesellschaft abbilden. Wenn wir den Umbau der Industriegesellschaft angehen, kann das nur gemeinsam mit den gesellschaftlichen Gruppen als eine gemeinsame Jahrhundertaufgabe gelingen. Die Menschen lassen sich begeistern und sie sind zum Teil schon weiter als die Politik, ebenso wie die Wirtschaft. Da sind die Grenzen des Wachstums angekommen, weil die Rohstoffe zur Neige gehen.

Nehmen sie die Schlüsselindustrie Chemie, die noch zu 70 Prozent abhängig vom Erdöl ist. Es gibt zwei spannende Ansätze: Die Chemie kann den Weg in das Wasserstoffzeit-

alter gehen und eine entscheidende Säule beim Gelingen der Energiewende werden, wenn sie über die Elektrochemie Speicher liefert. Ein zweiter Bereich ist das Lernen von der Natur – Biomimetik. Spinnen zum Beispiel produzieren eine Faser, die jeder synthetischen Faser überlegen ist. Durch den Einsatz der Faser können sogar Hauttransplantationen vermieden werden. Auch bei der Automobilindustrie, einer weiteren Schlüsselindustrie, können wir die Leute mitnehmen. Automobilhersteller sollten heute Mobilitätsdienstleister werden und nicht mehr schwere Karossen produzieren, die mit 1,5 Tonnen 300 kg Menschen durch die Gegend fahren – mit Elektrostrom, der aus Kohlekraftwerken kommt.

Jürgen Döschner: Eine Zwischenfrage zur Gegenwart: Gibt es nachhaltige Kohlekraftwerke?

Hans Christian Markert: Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, können wir nicht dauerhaft auf fossile Brenn-

stoffe setzen. Ich würde die Frage anders stellen: Gibt es eine Möglichkeit, die Energieversorgung dezentraler zu gestalten, indem wir effizientere Technologien einsetzen? Wenn Sie ein Blockheizkraftwerk mit Kohle betreiben und es gleichzeitig Wärme und Strom produziert, kann es effizienter sein als Braunkohlewerke, die 60 Prozent Abwärme an die Umwelt abgeben.

Jürgen Döschner: Herr Höne, wir haben vorhin von Herrn Große Entrup gehört, dass auch die Industrie Nachhaltigkeit als Chance begreift. Ihr Parteivorsitzender hier in NRW, Christian Lindner, bezeichnete das Klimaschutzgesetz als klimapolitisch unwirksam und gefährlich für Arbeitsplätze. Sind Sie inzwischen so weit abgerückt von den Interessen der Industrie?

Henning Höne: Nein. Unsere Angst ist, dass die Landesregierung mit dem Klimaschutzgesetz neue Investitionen verhindert oder verschiebt, ohne unter dem großen Doppelstrich dem Klima zu helfen. Es wurde bereits angesprochen, dass eine Produktionsverschiebung hier Arbeitsplätze kostet. Das ist ein zentraler Punkt: Ich kann keine Akzeptanz für die Energiewende oder mehr Klimaschutz schaffen, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind. Wir sollten eher auf zwischenstaatlicher Ebene bessere Ziele vereinbaren und umsetzen, zum Beispiel über den Zertifikatehandel. Ich halte dieses Instrument für deutlich wirksamer, als über eine reine Verhinderung zu gehen.

Da sind wir beim Thema Wachstum, das mir persönlich über viele Strecken viel zu pessimistisch betrachtet wird. Wachstum lässt sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ bewerten, zum Beispiel über den technischen Fortschritt. Ein Blick zurück auf die Errungenschaften der letzten 50 Jahre stimmt optimistisch: Über technischen Fortschritt und Weiterentwicklung können wir doch viel mehr erreichen, als wir uns das heute zu träumen wagen.

Jürgen Döschner: Herr Rohwedder, auf www.abgeordnetenwatch.de haben Sie Kohlekraftwerke als „Giftmüllverbrennungsanlagen unter falscher Flagge“ bezeichnet und sich gegen Kohleverstromung ausgesprochen. Ist das ein Punkt, wo es Einigkeit innerhalb der PIRATEN-Partei gibt?

Hanns-Jörg Rohwedder: In diesem Punkt sind wir uns einig, das ist aus dem Wahlprogramm 2010. In Kohlekraftwerken werden Stoffe mit verbrannt, die aus der chemischen Produktion als Abfallstoffe hervor gehen.

Aber ich möchte auf das eingehen, was von den Vorrednern gesagt oder auch nicht gesagt wurde. Wir haben drei Säulen der Nachhaltigkeit: Die ökologische ist hier sehr ausführlich beleuchtet worden, zur wirtschaftlichen wurde nicht ganz so viel und zur sozialen Nachhaltigkeit fast gar nichts gesagt. Wir haben Zeitarbeit und Menschen, die Vollzeit arbeiten und trotzdem mit Hartz IV aufstocken müssen. Wir haben unsere Arbeitslosigkeit nach Südeuropa exportiert, weil wir durch die Lohndrückerei billig produzieren konnten. Und weltweit hat sich die Zahl der verhungerten Kinder in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Das ist keine nachhaltige Sozialpolitik.

Wir brauchen andere Konzepte und müssen aufhören, an den Symptomen herumzuflicken. Das kann die Berufspolitik alleine nicht leisten, da brauchen wir die „Weisheit der Massen“, die großen Organisationen, die sich schon seit langem mit den Themen befassen, wie der NABU. Aber auch die vielen kleinen und kirchlichen Organisationen.

Jürgen Döschner: Eine Frage aus dem Publikum: Wie können diese vielen einzelnen Initiativen in Sachen Nachhaltigkeit miteinander ins Gespräch gebracht und vernetzt werden?



Hanns-Jörg Rohwedder: Durch Vernetzung! Es gibt die Agenda 21 und auch andere Netzwerke, die die Initiativen bereits selber gebildet haben. Das geht mit den modernen Hilfsmitteln, die wir heute haben, viel einfacher: Früher mussten wir Briefe schreiben und telefonieren, heute haben wir das Internet. Das ist eine große Chance und die nutzen wir auch eifrig.

Jürgen Döschner: Herr Meesters, die Landesregierung und Ihre Fraktion haben das Klimaschutzgesetz eingebracht. Darin steht unter anderem, dass bis 2020 der CO₂-Ausstoß um 25 Prozent reduziert werden soll. Im Bund gibt es für den gleichen Zeitpunkt die Zielmarke von 40 Prozent. Warum hinken Sie da so hinterher?

Norbert Meesters: Das Klimaschutzgesetz ist eine Chance, es ist eine Leitlinie, die wir aufzeigen. Die 25 Prozent CO₂-Reduktion berücksichtigen, dass wir Industriestandort und Energieland Nummer 1 in Deutschland sind, dem muss man Rechnung tragen. Außerdem haben wir aufgrund der Versäumnisse der schwarz-gelben Vorgängerregierung noch etwas aufzuholen im Bereich der erneuerbaren Energien, wie Herr Deppe vorhin bereits erläuterte.

Das geht nur im Dialog mit allen Beteiligten, wir müssen die Menschen mitnehmen. Deswegen gehört zu einer nachhaltigen Politik auch, dass die Menschen genügend Einkommen haben, sie von ihrer Arbeit leben können und eine gute Bildung haben – ein Bildungssystem, das die jungen Menschen befähigt, eine Perspektive zu entwickeln, eine Ausbildung und Arbeit zu bekommen. Auf dieser Grundlage kann man sich dann auch über ökologische und nachhaltige Prozesse Gedanken zu machen.

Nachhaltige Finanzen gehören auch dazu: Wir müssen unsere Haushalte in den Griff bekommen, das ist das Ziel dieser Koalition. Aber man muss intelligent sparen. Dort wo Ausgaben nötig sind, wie im Bildungssystem, müssen wir Geld einsetzen, damit es Wirkung zeigt.

Jürgen Döschner: Herr Deppe, Sie haben zugegeben, dass NRW hinterherhinkt. Warum sind Sie gegen den Versuch, mit dem Klimaschutzgesetz noch etwas aufzuholen?

Rainer Deppe: Der Hauptkritikpunkt ist, dass wir ein Gesetz beschließen, in dem fast nichts steht außer einer Zieldefinition. Das Ministerium berät unter Ausschluss des Parlaments in vielen Arbeitsgruppen den Klimaschutzplan. Der muss aber bekannt sein, bevor man eine Ermächtigung ausspricht. Der Weg ist verkehrt. Den zweiten Punkt hatte ich bereits erwähnt: Wenn das Klimaschutzgesetz dazu führt, dass Produktion verlagert wird, dann dient es weder dem Klima noch dem Wirtschaftsstandort.

Jürgen Döschner: Auch die anderen Teilnehmer der Runde sollen die Gelegenheit für ein kurzes Schlusswort bekommen, Herr Höne.

Henning Höne: Ich sehe die Gefahr, dass bei Nachhaltigkeit oft nur die Säule der Ökologie gesehen wird und die beiden anderen Bereiche – Ökonomie und Soziales – drohen, unter den Tisch zu fallen. Aber wir müssen an die Akzeptanz denken: Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, dazu beizutragen, den Lebensstandard der Menschen zu senken, nur um ein einzelnes Ziel zu erreichen. Das kostet uns Akzeptanz und hilft darum nicht weiter. Die drei Säulen müssen gleichberechtigt sein. Es darf nicht eine Säule, weil es gerade politisch opportun ist, bevorzugt werden.

Hans Christian Markert: Ich möchte die soziale Frage nochmals aufgreifen. Sozialpolitik in Zeiten der Transformation bedeutet Teilhabe. Wir müssen den überhöhten Eigentumsbegriff überdenken, gerade angesichts wachsender Schulden in öffentlichen und privaten Haushalten. Teilhabe an Mobilität heißt, ich habe die Möglichkeit, dort hin zu kommen, wo ich hin muss, aber mir muss das Auto nicht gehören. Das führt auch zu anderen Sozialstaatsmodellen, zur Bürgerversicherung oder einem Grundeinkommen, damit Teilhabe für alle möglich ist. Das wäre vielleicht eine Debatte für das nächste Jahr.

Hanns-Jörg Rohwedder: Ich kann das nur unterstreichen, was Herr Markert gesagt hat. Ich möchte, dass Gemeinnutz vor Eigennutz gilt. Die großen Konferenzen in letzter Zeit haben gezeigt, dass wir keine globale Lösung hinbekommen. Der alte Spruch „global denken, lokal handeln“ bewahrheitet sich wieder. Die Vernetzung muss von unten nach oben stattfinden, auf diesem Weg kommen wir weiter. Ich sehe nicht, dass es gelingen wird, Nachhaltigkeit von oben nach unten durchzusetzen.

Norbert Meesters: Wir wollen ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen entwickeln und das Klimaschutzgesetz ist der richtige Motor vor Ort. Der Klimaschutzplan wird mit vielen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert – ein sehr demokratischer Prozess, der auch auf unsere parlamentarische Ebene zurückgespiegelt wird, darauf legen wir großen Wert. In der ökologischen Modernisierung unserer Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen steckt eine große Chance für alle Beteiligten, auch die Industrie. Das werden wir in den nächsten Jahren durch ganz praktische Ergebnisse zeigen können. Dem Rio-Prozess sind zu wenig Taten gefolgt, wir wollen das mit unseren Möglichkeiten in NRW ändern.